



Handbuch Mitwirkung

Emanuel Müller
Rike Stotten

Mitarbeit von
Bea Durrer Eggerschwiler
Heidrun Wankiewicz

Mit dem Begriff der **Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft** werden seit gut 10 Jahren vielfältige Versuche bezeichnet, zur Stärkung der Möglichkeiten der Mitgestaltung und Mitbestimmung, „Bürgergesellschaft steht damit für die Idee von Selbstbestimmung, Teilhabe und gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme“ (Beck /Ziekow 2011, S.9).

Ausgangs- und gleichsam Wendepunkt war in Deutschland der 2002 publizierte Abschlussbericht der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgergesellschaftlichen Engagements“, dem als Leitbild die Vision eines neuen Gesellschaftsvertrages zugrunde liegt. In diesem neuen Gesellschaftsvertrag kommt dem Staat, der Bürgergesellschaft und auch der Wirtschaft ein je tragender Part zu. Verbunden wird in letzter Zeit mit der Zunahme des bürgerschaftlichen Engagements auch die Begrifflichkeit „Vitalisierung der Demokratie“.

1.2. Formelle und informelle Partizipation

Generell wird heute unterschieden in Bereiche der formellen (rechtlich verfasste) und informellen (nicht verfasste) Partizipation. **Formale Partizipation** beinhaltet alle Formen von legalen und regulären Möglichkeiten der Einflussnahme und der Entscheidungsfindung. Sie interunterscheidet sich nach den geläufigen Formen der Demokratie. In direkt demokratischen Systemen (wie z.B. in der Schweiz) sind die Einflussmöglichkeiten durch formelle Partizipation stark ausgebaut. Aber sowohl in einer direkten als auch in einer repräsentativen Demokratie ist die Beteiligung an das Wahlrecht gebunden, so dass einige Gruppen wie zum Beispiel Kinder, Jugendliche und MigrantenInnen von der formalen Partizipation ausgeschlossen sind. Verfahren im formellen System sind in den meisten Fällen gesetzlich geregelt. In der Schweiz haben verschiedene Städte (Zürich, Basel, St. Gallen) unter anderem bei der Mitsprache der Quartierbevölkerung Belangen oder Fragen, die sie betreffen, neue Wege beschritten und sich an informellen Verfahren angenähert.

Informelle Partizipation erlaubt und ermöglicht es, in bestimmten Fragen, auch Gruppen einzubeziehen, die nicht, z.B. MigrantenInnen – oder noch nicht – z.B. Kinder und Jugendliche – formell mitentscheiden können. Informelle Partizipation ermöglicht auch, Gruppen Interessierter oder Betroffener je nach Thema oder Problem mitwirken zu lassen.

Der Bereich der informellen Partizipation kann auch als Labor für Partizipation betrachtet werden. Dort kommen oft auch neue Verfahren und Methoden zur Anwendung. Trotz neuen Verfahren und trotz niederschweligen und erleichterten Zugängen ist Repräsentativität auch informellen Beteiligungsverfahren nicht immer erreichbar und gelingt es nicht immer, alle wünschbaren Zielgruppen anzusprechen und zur Mitwirkung zu animieren. Informelle Partizipation wird sowohl als eine Erweiterungsmöglichkeit aber auch als eine Konkurrenz des formellen Partizipationssystems angeschaut. Seit der Kritik am politischen System in den 60er Jahre, die der Demokratie zu grosse Distanz zu den Bürgerinnen und Bürgern vorwarf, eine zu starke Konzentration auf die politischen Parteien feststellte und generell eine zu hohe Formalsierung konstatierte, ist die Kritik nicht abgeflaut und zum Teil noch stärker geworden. Wenn Menschen teilnehmen und ihre partizipativen Möglichkeiten nutzen sollen, müssen sie dazu befähigt und dabei unterstützt werden.

1.2.2. Top down and bottom-up

Partizipation kann von verschiedenen „Richtungen“ initiiert, angegangen und angeboten oder gefordert werden; von oben nach unten oder von unten nach oben. Eine top down Partizipation wird von Politik und Verwaltung „zugestanden“, sozusagen von oben „verschrieben“ oder als Reaktion eines Verlangens von unten gewährt. Der Erfolg so initiiertes Beteiligung misst sich letztlich daran, welche Zielgruppen in welcher Intensität und mit welchen Resultaten für eine Mitarbeit und Mitgestaltung z.B. im Rahmen eines Projektes gewonnen werden können. Auch hier gilt der Grundsatz „Beteiligte zu Betroffenen machen“. Top down Beteiligung ist dabei allerdings mit der Frage konfrontiert, wie ein von aussen gesetztes Thema zu diversen Zielgruppen transportiert, wie das dafür notwendige Problembewusstsein geschaffen und eine Aktivierung erreicht werden kann.

Bottom-up Partizipation ist in vielen Fällen von unten nach oben erkämpfte Mitwirkung und hat nicht notwendigerweise eine direkte Verbindung zum Agenda Setting der Politik. Das Thema wird bestimmt durch individuelle und kollektive Betroffenheit und artikuliert sich oft als „Widerstand“. Bottom up wird oft auch mit „Grass-roots movement“, Basisbewegung oder Bürgerinitiativen identifiziert. Sowohl top down als auch Bottom up kennzeichnet prinzipiell eine Wirkrichtung.

	Top down	Bottom up
Initiative	Von Verwaltung / Politik ausgehend. Betrifft oft Probleme, die effizient gelöst und breit abgestützt werden sollen	Von zivilgesellschaftliche Organisationen oder engagierten Einzelpersonen ausgehend.
Zielgruppe	Wird bestimmt aufgrund des Themas Potentielles Interesse ist Voraussetzung	Bildet und organisiert sich selbst.
Thema	Ist gesetzt durch politische Planung oder Programme	Entwickelt sich aus Lebenswelt
Betroffenheit	Muss anhand des Themas erst entwickelt werden	Ist vorhanden und zentraler Antrieb.
Awareness	Muss entwickelt werden durch entsprechende Informations- und Aufklärungsarbeit.	Entsteht durch Erfahrungen und durch die Arbeit am Thema oder Problem
Motivation	Mehr Effizienz, weniger Widerstände, bessere Legitimation	Soziale Kontakte und Wunsch nach Veränderung.
Wirkrichtung	Will von „Oben“ Aktivität und Engagement erzeugen.	Will von unten Veränderungen in Politik und Verwaltung („oben“) erreichen.
Formen der Aktivität	Wird von Verwaltung geplant; oft mit externer Moderation.	Entsteht aufgrund des Prozesses; oft unter Anwendung bekannter Methoden.

Eigene Darstellung

Im Projekt Demochange wurden die Prozesse in den verschiedenen Ländern zwischen Top down und bottom up angesiedelt. Die Ausgangslage war ein Thema, das ausserhalb der regionalen oder lokalen Behörden in nationalen oder internationalen Programmgerien entwickelt und gesetzt wurde. Träger und organisatorisch Verantwortliche des Projektes sind - wie oft in solchen Fällen - private Firmen oder Hochschulen.

Bei der Implementation bildet die erste Herausforderung, die wichtigen (und richtigen) lokalen oder regionalen Verantwortungsträger gleich mehrfach überzeugen zu müssen: Sie für die Mitarbeit zu einem Thema zu gewinnen, das sie nicht selbst gewählt und geplant haben und eine Projektanlage mitzutragen, die vorgegeben ist. Zusätzlich muss bedacht werden, wer aus Politik und Verwaltung einerseits, wer aus der Bevölkerung andererseits Projekt beteiligen beteiligt werden soll, ob Interesse am Thema bereits vorhanden ist und wie die unterschiedlichen Voraussetzungen der potentiell Beteiligten am besten berücksichtigt werden sollen?